

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus der Gemeinde Jade am 14. November, 18.00 Uhr, im Trauzimmer im Rathaus in Jade

Anwesend: Der Ausschussvorsitzende Klaus Decker und die Ausschussmitglieder Gabi Bramstedt, Tanja Schumacher, Jörg Schröder und Edwin Witt

FBL Danny Stahl
FBL Andreas Pöpken (zugleich als Protokollführer)

Herr Bokelmann (NWZ)
Herr Tietz (Friebo)

Gäste: 5

nicht anwesend: - -----

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Decker eröffnete die Sitzung des Ausschusses, stellte die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus vom 18.06.2019

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus am 18.06.2019 wurde einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

4. Bericht gemäß § 5 der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Jade

Beschluss:

Der Finanzausschuss nahm den Bericht gemäß § 5 der Kreditrichtlinie zustimmend zur Kenntnis.

5. Bericht und Beratung über die Eckdaten zum Haushaltsplan 2020

FBL Pöpkén verwies auf die vorliegenden Beratungsunterlagen und nahm zur Gesamtentwicklung der Haushaltsplanung Stellung. Der Haushalt 2020 stelle sich nicht so dar, wie es im vergangenen Jahr erhóft worden sei. Er weise erneut einen Fehlbedarf aus, der sich auch in den Folgejahren wiederhole. 2019 würden die kameralen Fehlbeträge aus der Zeit bis 2010 durch die kapitalisierte Bedarfszuweisung getilgt sein und sogar etwas darüber hinaus verbleiben. Dennoch würden diese Überschüsse nicht ausreichen, um die Fehlbedarfe des gesamten Finanzplanungszeitraums zu decken.

Im Ergebnis müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um dem Haushaltsausgleich in 2020 näher zu kommen. Bei einer vernünftigen Betrachtung der Gesamtsituation müsse zudem versucht werden, auch die Folgejahre auszugleichen. Zum Erreichen des gesetzlichen Auftrages, der Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinde, bedürfe es enormer Anstrengungen. Neben den Fehlbedarfen müssten dann auch die Tilgungen der Darlehen aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden. Für dieses Ziel fehlten derzeit zwischen 372 T € und 778 T € pro Jahr, die insbesondere durch Steigerung der Erträge erwirtschaftet werden müssten. Erst ab 2026 bestehe die Möglichkeit, diesem Ziel näher zu kommen, da dann die Darlehenstilgungen planmäßig sinken werden.

Der Haushalt 2020 gehe von folgenden Eckdaten aus.

Ergebnishaushalt	Erträge:	9,6 Mio €,
	Aufwendungen:	9,8 Mio €,
	Fehlbedarf:	198,5 T €
Investitionen:	1,77 Mio €,	zusätzlich Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,377 Mio €
Kreditaufnahme	1,207 Mio €	

Ziel sei es, am 18.12.2019 den Haushalt 2020 beschließen zu können. Daher müssten die Fachausschüsse zügig und verantwortungsvoll arbeiten. Die Verwaltung bereite die Beratungen vor, sei aber auch von Entscheidungen der Politik abhängig. Gerade nach dem letzten Fachausschuss am 28.11.2019 sei nur wenig Zeit, die Empfehlungen einzuarbeiten, so dass bereits jetzt darauf verwiesen werde, dass der Planentwurf zum 05.12.2019 möglicherweise noch nicht ganz vollständig sein könnte.

Für die Überlegungen in den Fraktionen wies er auf die dargestellten Konsequenzen bei Vorschlägen auf den Haushalt 2020 hin. Hier sei insbesondere darauf zu achten, dass der Verzicht auf Investitionen in 2020 nicht zu einer Verbesserung des Ergebnishaushalts führen werde, da die für Investitionen notwendige Darlehen erst zum Jahresende 2020 aufgenommen würden und daher 2020 keine Zinsaufwendungen hierfür veranschlagt seien. Ein Verzicht hätte jedoch Auswirkungen auf die Finanzplanung, wobei dieser Aspekt angesichts der Ausgangslage auch wichtig werden könne.

Der erste Aufschlag wirke zunächst deprimierend, erklärte er weiter. Er hoffe jedoch, dass sich noch positive Entwicklungen z.B. durch die aktualisierten Zahlen im Finanzausgleich ergeben würden. Nur dadurch werde der Ausgleich aber nicht dargestellt werden können. Im Ergebnis solle und müsse dieser Aufschlag so verstanden werden und auch von den Fachausschüssen behandelt werden, dass Spielraum für zusätzliche Ausgaben nicht bestehe und nur unabwendbare Maßnahmen im Entwurf verbleiben bzw. neu aufgenommen werden könnten.

Auf Nachfrage von Frau Bramstedt zu den Steuererträgen aus dem Windpark Bollenhagen erklärte FBL Pöpken, die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer seien für die gesamte Gemeinde einheitlich anzuwenden. Seit 2017 erfolgten Gewerbesteuerzahlungen für die ersten Anlagen im Windpark Bollenhagen.

AV Decker verwies auf die Klausurtagung zum Haushalt 2020, bei der verschiedene Ideen entwickelt worden seien, die nun in den Fachausschüssen zu beraten und auch kontrovers zu diskutieren seien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus nahm den Haushaltsplanentwurf 2020 zur Kenntnis und verwies den Entwurf einstimmig zur Beratung in die Fachausschüsse, in denen sämtliche Maßnahmen unter der Prämisse des Ausgleichs des Ergebnishaushalts 2020 und in der Finanzplanung sowie der Minimierung zusätzlicher Schulden zu betrachten sind.

6. Beratung und Beschlussempfehlung über den Stellenplan 2020

FBL Pöpken erläuterte die vorgesehene Anpassung des Stellenplanes um eine zusätzliche Stelle als Springkraft für die kommunalen Kindertagesstätten. Diesbezüglich habe auch die Leitung des kommunalen Kindergartens Jaderberg die Aufstockung der Vertretungsstellen beantragt. Er erklärte auf Nachfrage von Frau Bramstedt, die zusätzliche Kraft sei als Springer für alle drei kommunalen Einrichtungen vorgesehen.

Angesichts der finanziellen Situation müsse geprüft werden, ob freiwerdende Stellen wieder besetzt werden müssten oder ob zumindest die Wiederbesetzung erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgen könne, erklärte AV Decker. FBL Pöpken erläuterte daraufhin die Unterschiede zwischen einer dauerhaften Nichtwiederbesetzung (sog. „kw-Vermerk“ im Stellenplan) oder temporären Nichtbesetzungen. Frau Schumacher schlug eine zeitlich befristete Wiederbesetzungssperre für alle freiwerdenden Stellen vor. Mit Verweis auf die Verpflichtung, den Haushaltsausgleich zu erreichen, seien Kürzungen beim Personal erforderlich, erklärte Herr Witt.

Im Ergebnis schlug AV Decker eine Wiederbesetzungssperre für sämtliche freiwerdenden Stellen bis zum Ende des Haushaltsjahres 2020 vor. FBL Pöpken verwies auf die personellen Anforderungen durch die Betriebserlaubnisse in Kindertagesstätten. Die bewusste Nichtwiederbesetzung habe die Schließung der Gruppe zur Folge.

Frau Schumacher modifizierte anschließend die Vorschläge in eine befristete Wiederbesetzungssperre für die Bereiche Verwaltung und Bauhof bis zum Jahresende 2020. In diesen Aufgabenbereichen stünden im kommenden Jahr Renteneintritte bevor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus empfiehlt dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, den Stellenplan 2020 mit folgenden Anpassungen zu beschließen:

- ❖ Für die kommunalen Kindergärten wird eine zusätzliche Stelle als Erstkraft als Ergänzungs- und Vertretungskraft in der Entgeltgruppe S 8 a TVöDSE im Stellenplan 2020 ausgewiesen.
- ❖ Für die Bereiche Verwaltung und Bauhof werden freiwerdende Stellen bis zum Jahresende 2020 nicht wiederbesetzt (befristete Wiederbesetzungssperre).

7. Beratung und Beschlussempfehlung über die Ansätze für die Wirtschaftsförderung und Förderung des Tourismus für das Jahr 2020

Herr Witt nahm zu den Gemeindeanteilen im Rahmen des Breitbandausbaus Stellung. Er schlug vor, dass der Ausbau eines leistungsfähigen Netzes verstärkt durch Richtfunk etc. erfolgen könne. Dafür könnten auch die Masten der Windkraftanlagen genutzt werden. Er habe diesbezüglich Kontakt mit einer Firma aufgenommen, die dies im Umfeld von Pforzheim umgesetzt habe. Dadurch sei eine erhebliche Reduzierung der Kosten vorstellbar.

AV Decker berichtete, dass derzeit bei einem Ausbaugrad von 95 % die Gemeinde in den Haushalten 2021 bis 2023 insgesamt 1,108 Mio € aufbringen müsse. Die Reduzierung des Ausbaugrades auf z.B. 75 % führe zu um rd. 700 T € niedrigeren Kosten. FBL Pöpken ergänzte, es gebe Überlegungen seitens des Landkreises, dass die strukturschwachen Kommunen möglicher Weise durch den Landkreis finanziell unterstützt würden. Dies sei jedoch durch den Kreistag zu beschließen. Eine erneute Beratung der Thematik in den Fachausschüssen sei verwaltungsseitig nicht vorgesehen, da ein Mehrheitsbeschluss zu einem 95 % - igen Ausbau bestehe. Es sei Initiative der Politik erforderlich.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, die Ansätze des Produkts 5710 – Maßnahmen der Wirtschaftsförderung (Saldo Ergebnishaushalt: - 8.600,00,- €) und 5750 – Tourismus (Saldo Ergebnishaushalt: - 85.600,00 €) in den Haushalt 2020 zu übernehmen.

8. Beratung und Beschlussempfehlung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Gesamtkonzepts Watterlebnis Sehestedt, 1. BA – 2020 / 2021 – Bereich Gastronomie und Sanitär

FBL Pöpken stellte die Gesamtkonzeption wie auch die Bauabschnitte kurz vor. Er wies insbesondere darauf hin, dass ab 2021 das gastronomische Angebot nicht gesichert sei und daher zum Saisonbeginn 2021 die bauliche Umsetzung der Maßnahme abgeschlossen sein müsse. Dafür müsse im Herbst 2020 mit Vorarbeiten begonnen werden, für die Haushaltsmittel einzustellen seien.

Herr Witt erklärte, vor der Umsetzung der Maßnahme müsse ein Betreiber gefunden worden sein, damit dessen Vorstellungen in die Umsetzung einfließen könnten.

FBL Pöpken erklärte auf Grund der Nachfrage von Frau Schumacher, mit dem Förderbescheid sei keine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung verbunden. Im Zweifel würden die Mittel anderen Kommunen zur Verfügung gestellt. Es sei jedoch zu beachten, dass die derzeitige Förderperiode 2021 ende und Volumen oder Rahmenbedingungen für eine folgende Förderperiode noch nicht bekannt seien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, für die Umsetzung des Gesamtkonzepts Watterlebnis Sehestedt – 1. BA – im Haushalt 2020 Mittel in Höhe von 60.000,- € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 299.000,- € und im Haushalt 2021 in Höhe von 299.000,- €

(jeweils zzgl. MWST) zu veranschlagen. Die Mittel sind mit einem vom Rat der Gemeinde Jade aufzuhebenden Sperrvermerk zu versehen, der bei Vorliegen einer Förderzusage aufgehoben wird.

9. Antrag der UWG – Fraktion vom 11.06.2019 zur Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Jade

AV Decker nahm zum Antrag der UWG – Fraktion Stellung und verwies auf die Diskussionen in anderen Kommunen. Ziel des Antrages sei zunächst eine Berichterstattung, um die Möglichkeiten für die Gemeinde Jade besser abschätzen zu können.

FBL Pöpkén berichtete anhand der Beratungsunterlage über die bisherige (finanzielle) Bedeutung der Straßenausbaubeitragssatzung in der Gemeinde Jade, den finanziellen Folgen einer denkbaren Abschaffung der Satzung für den Haushalt der Gemeinde sowie weiteren Optionen für die Milderung der Zahlungsverpflichtungen. Der vollständige Verzicht auf die Satzung führe zu höherer Verschuldung oder der Verpflichtung zu massiv höheren Erträgen. Beide Konsequenzen seien sehr kritisch zu betrachten. Die Einführung wiederkehrender Beiträge führe lediglich zu einer Erhöhung der Anzahl der Beitragspflichtigen. Die Anwendung sei zudem an Anforderungen gebunden. U.a. sei es hierdurch nicht möglich, für alle Grundstückseigentümer der Gemeinde Jade eine einheitliche Zahlung darzustellen. Er wies auf eine kürzlich erfolgte Änderung des Kommunalabgabengesetzes hin, wonach zum einen die Gemeinde den beitragsfähigen Anteil der Baukosten flexibler gestalten könne, wobei dies stets auch durch die Gemeinde gegenfinanziert werden müsse, und zum anderen die Möglichkeit der Verrentung der Beitragsschuld über 20 Jahre geschaffen wurde. Abschließend wies er darauf hin, dass in der Vergangenheit Entscheidungen über den Ausbau einer Straße auch vor dem Hintergrund einer Beitragspflicht getroffen wurden. Die Abschaffung der Satzung würde u.U. Begehrlichkeiten wecken, denen sich die Politik genauso wie in der Vergangenheit stellen und aus Sicht des gemeindlichen Haushalts ablehnen müsse.

Frau Schumacher erklärte, die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung sei bei der derzeitigen Haushaltssituation falsch. Die Ideallösung müsste die Beteiligung aller Grundstückseigentümer an den Kosten des Straßenausbaus sein. Dies sei aber anscheinend nicht auf kommunaler Ebene zu lösen. Für die Gemeinde Jade gebe es derzeit keine Alternative zur Straßenausbaubeitragssatzung.

Frau Bramstedt erklärte, die Abschaffung der Satzung könnte dazu führen, dass mehr Anlieger Interesse am Ausbau ihrer Straßen hätten und das Ausgabevolumen würde erheblich ansteigen.

Herr Schröder nahm zum Antrag der Fraktion Stellung und stellte klar, dass man mit dem Antrag eine Diskussion anstoßen wolle, um eine Lösung zu finden. Derzeit sei diese nicht erkennbar, allerdings sei zu erkennen, dass zukünftig Straßen zu sanieren seien und dann werde die Diskussion wieder in Erscheinung treten.

10. Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage eines Einwohners zu den Ausbaustufen beim Breitbandausbau erklärte AV Decker, der 95 %-ige Ausbau schliesse rd. 400 Haushalte ein. Bei einem 85 %-igen Ausbau seien es rd. 50 Haushalte und beim 75% - igen Ausbau 100 Haushalte weniger. Der Verzicht auf rd. 100 Haushalte (75 % - iger Ausbau) senke den Gemeindeanteil um rd. 700 T €.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss AV Decker die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.15 Uhr

Protokollführer

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Vorstehende Niederschrift wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus am _____ genehmigt.

Die Niederschrift wird vorbehaltlich ihrer Genehmigung veröffentlicht.